



Gemeinderat auf Draht

Kursmaterial

Februar 2007



Gemeinderat auf Draht

Kursmaterial

Inhalt

1. Einführung: Warum E-Government für Gemeinderäte?

- Potenziale nutzen: Beispiel Standortsicherung
- Potenziale nutzen: Beispiel Bürgerservice
- Ziel: Grundlagenwissen erwerben

2. Das Lernangebot „Gemeinderat auf Draht“: Blended Learning und Kursgestaltung

- Inhalte der Online-Module „Orientierungswissen“ und „Konkretisierung E-Government“
- Zugang zum Lernraum
- Suchen und finden: Themen

3. Glossar – Grundbegriffe E-Government

4. Weiterführende Hinweise – Literatur und Links

- Links
- Literatur

5. Ausgewählte Dokumente

6. Über das Projekt – Kontakt

1. Einführung: Warum E-Government für Gemeinderäte?

Die Demokratie in den Kommunen sowie das Bürgerschaftliche Engagement stehen vor neuen Herausforderungen: Das „Virtuelle Rathaus“ und die Einführung von „Electronic Government“ erfordern neues Orientierungswissen. Gemeinderäte, Bürgerinnen und Bürger wollen kompetent handeln, um das Leben und Arbeiten in der Gemeinde für Jung und Alt attraktiv und zukunftsfähig zu gestalten.

E-Government ist das zentrale Thema für die Zukunft der öffentlichen Verwaltung: Die Informations- und Kommunikationstechnologien verändern die Abläufe innerhalb der Verwaltung, zwischen Verwaltung und Wirtschaft sowie im Verhältnis zur Bürgerschaft. E-Government birgt große Potenziale – sie müssen jedoch erkannt und ausgestaltet werden.

Für die Umsetzung von E-Government gibt es eine ganze Reihe von Beispielen und Pilotprojekten. Die Europäische Union, die Bundesregierung und die baden-württembergische Landesregierung haben große Programme und Initiativen gestartet, um E-Government weiter voran zu bringen. E-Government kommt! Daher ist es wichtig, sich rechtzeitig mit den aktuellen Entwicklungen auseinander zu setzen und zu überlegen, wie der weitere Weg für die Kommunen aussehen soll. Auf Draht sein, darauf kommt es an.

Potenziale nutzen: Beispiel Standortsicherung

E-Government erweist sich im Verhältnis von Verwaltung und Wirtschaft als wichtiger Beitrag zur Standortsicherung: Unternehmen können sich in vielen Fällen den Gang zum Rathaus oder den teuren Postweg sparen, wenn Formulare online verfügbar sind und auch auf diese Weise bearbeitet werden können. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist die elektronische Melderegisterauskunft, die den gesamten Bearbeitungsprozess wesentlich einfacher und effizienter macht. Ein anderes, künftiges Beispiel kann die Gewerbeflächenvermarktung sein. Ein weiterer ganz wesentlicher Bereich ist die elektronische Ausschreibung. Aufgrund diverser Vorgaben sind öffentliche Auftraggeber verpflichtet, Ausschreibungen bundesweit bzw. EU-weit zu veröffentlichen. Dies geschieht bereits heute in der Regel online. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass örtliche Betriebe ins Hintertreffen geraten, da sie oft nicht über das entsprechende Know-how und die elektronische Anbindung verfügen. Eine frühzeitige Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und örtlichen Unternehmen wie Handwerksbetrieben kann etwaige Nachteile verhindern und vor Ort Beschäftigung und Aufträge sichern helfen.

Potenziale nutzen: Beispiel Bürgerservice

Für die Bürgerinnen und Bürger kann mit E-Government ein weitaus breiterer Service angeboten werden. Informationen, Formulare und die Abwicklung ganzer Vorgänge sind auch

außerhalb der Öffnungszeiten verfügbar. Der Kontakt mit der Verwaltung per E-Mail ist ein zusätzlicher Weg der Kommunikation.

Durch die Vernetzung mit anderen Behörden können in der Kommune – im virtuellen Rathaus, aber auch im Bürgerbüro – zusätzliche Dienste angeboten werden. So kann z.B. die Kfz-Zulassung, die ansonsten über das Landratsamt abgewickelt wird, im Bürgerbüro bearbeitet werden. Gerade für Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum bringt dies Vorteile und erspart Wege: Statt in die oft recht weit entfernte Kreisstadt zu fahren, genügt der Gang ins Bürgerbüro.

Ziel: Grundlegendes Wissen erwerben

Die genannten Beispiele zeigen nur einen kleinen Ausschnitt dessen, was mit E-Government möglich ist. „Gemeinderat auf Draht“ bietet grundlegendes Wissen zu E-Government und möchte Chancen und Risiken, Handlungsspielräume und Möglichkeiten für die Zukunft der Kommunen aufzeigen.

Die Teilnehmenden erwerben eine Reihe von Kenntnissen, so dass sie aktiv an der Diskussion und Gestaltung von E-Government teilnehmen und auch ihren je eigenen Weg in der Informationsgesellschaft zu ihrem Vorteil und zum Vorteil ihrer Gemeinde oder ihres Vereins gestalten können.

Fünf Lern- und Wissensbereiche stehen dabei im Zentrum:

1. Orientierungswissen E-Government: Kenntnis wichtiger Aspekte von E-Government und einiger Anwendungen; Fähigkeit zur Einordnung von Begriffen und Debatten;
2. Chancen, Potenziale und Risiken des kommunalen E-Government kennen lernen und einschätzen;
3. Handlungsspielräume und Rolle des Gemeinderats im Kontext von E-Government erkennen und wahrnehmen;
4. Verständnis für den Charakter virtueller Prozesse: Virtualität und Sinnlichkeit, Transaktionen über das Netz, Verbindlichkeit;
5. Befähigung zum Umgang mit dem Internet, Recherchieren, Kommunizieren, Online lernen und arbeiten.

2. Das Lernangebot „Gemeinderat auf Draht“:

Blended Learning und Kursgestaltung

„Gemeinderat auf Draht“ ist ein Blended-Learning-Angebot, d.h. verschiedene Lernformen werden kombiniert bzw. gemischt (engl. „blend“ = Mischung). Im Wesentlichen handelt es sich dabei um drei Lernformen: Das Lernen und Diskutieren in Präsenzveranstaltungen, das Arbeiten mit Online-Modulen sowie das gewohnte Lernen mit gedruckten Texten.

Das Online-Lernen bietet den großen Vorteil, dass jede und jeder Lernende die Inhalte im eigenen Tempo und dem individuellen Zeitbudget entsprechend bewältigen kann. Durch das Lernen im Internet werden die Teilnehmenden zudem stärker mit dem Medium vertraut, das auch dem E-Government zugrunde liegt. Der Kursablauf sieht grundsätzlich wie folgt aus:

- Kursauftakt – Präsenzveranstaltung
- Online-Lernphase, begleitet durch Tutor/in
- Präsenzveranstaltung
- Online-Lernphase, begleitet durch Tutor/in
- Abschlussveranstaltung

Inhalte der Online-Lernmodule „Orientierungswissen“ und „Konkretisierung E-Government“

Der Großteil des inhaltlichen Wissens wird über die Online-Module vermittelt. Die Inhalte sind in Lektionen gegliedert, die jeweils bis zu acht Kapitel enthalten. Jedes Kapitel umfasst Hinweise und Links sowie Übungen zur Überprüfung des Gelernten. Sie können die Kapitel linear durcharbeiten, was wir zumindest für den Anfang empfehlen; Sie können jedoch auch zwischen den Themen springen, etwas auslassen und so einen ganz eigenen Weg finden.

Die folgende Übersicht zeigt die Inhalte der Online-Module:

Orientierungswissen E-Government

1. Was ist E-Government?

- Was ist E-Government?
- Zum Begriff E-Government
- Dimensionen
- Spannweite
- Warum E-Government?
- Phasen von E-Government
- Nutzen von E-Government
- Notwendigkeit von E-Government

2. Was verändert sich durch E-Government?

- Veränderungen für Bürger
- Veränderungen für die Wirtschaft
- Veränderungen für die Verwaltung
- Digitale Spaltung – Chancen und Risiken
- Kosten – Chancen und Risiken
- Mögliche Verluste

3. Voraussetzungen – Rolle des Gemeinderats

- Voraussetzungen
- Technische Voraussetzungen
- Institutionelle Voraussetzungen
- Motivation
- Gemeinderat und E-Government
- Gemeinderat als zentrales Gremium
- Aktive Gestaltung von Veränderungen
- Startklar für E-Government

Konkretisierung E-Government

4. Gemeinde der Zukunft

- Kommune im Wettbewerb

5. Konkretisierung E-Government

- Best Practice
- E-Vergabe
- Kfz-Zulassung
- E-Melderegisterauskunft
- Geoinformationssysteme
- Regionale Wirtschaftsförderung

6. Einführung von E-Government

- Auf dem Weg zu E-Gov
- Aktiv werden

Als weiteres Kurs-Modul stehen Ihnen ergänzend die **Grundlagen Onlinekompetenz** zur Verfügung. Diese beinhalten Funktionsweise und Möglichkeiten des Internets, Fragen der Information, Kommunikation und Transaktion im Internet. Dieses Modul kann je nach eigenem Wissensbedarf und Interessen genutzt werden (z.B. zum Thema Sicherheit im Internet o.a.)

Zugang zum Lernraum

Sie finden den Lernraum unter <http://www.lernen.trewira.de>

Nachdem Sie sich auf dieser Seite angemeldet (s. Informationen dazu) haben, befinden Sie sich auf der Einstiegsseite des Kurses:

The screenshot displays the 'lernen.trewira.de' forum interface. At the top, it shows the user is logged in as 'Andrea Fausel'. The main content area is titled 'Themen dieses Kurses' and features a banner for 'Gemeinderat auf Draht'. Below the banner, there is a welcome message and a list of topics under 'Lerninhalte im Überblick':

- Orientierungswissen E-Government:** Was ist E-Government? Was sind die Chancen und Nutzen von E-Government? Was verändert E-Government? Welche Risiken birgt E-Government? Was ist für E-Government notwendig? Welche Rolle hat der Gemeinderat bei E-Government?
- Konkretisierung von E-Government:** Best-Practice-Beispiele, Vorgehensmodell für die Einführung von E-Government, E-Government in meiner Gemeinde, Changemanagement, E-Government und bürgerschaftliches Engagement.
- Grundlagen Onlinekompetenz:** Funktionsweise und Möglichkeiten des Internets, Information, Kommunikation und Transaktion im Internet.

The sidebar on the left contains navigation options: 'Personen' (Teilnehmer/innen), 'Aktivitäten' (Arbeitsmaterialien, Foren, Lektionen), 'Suche in Foren' (with a search bar and 'Erweiterte Suche'), 'Administration' (Bewertungen), and 'Meine Kurse' (Gemeinderat auf Draht, Alle Kurse...).

The right sidebar shows 'Neueste Nachrichten' (Neues Thema hinzufügen...), 'Neueste Aktivitäten' (Aktivität seit Montag, 12 Februar 2007, 07:33), and 'Online-Aktivitäten' (in den letzten 5 Minuten).

Suchen und finden: Themen

Die folgende Übersicht kann wie ein Register verwendet werden: Sie finden die wesentlichen Stichworte im Zusammenhang mit E-Government und entsprechend die Lektionen und Kapitel, die die jeweiligen Themen aufgreifen und behandelt(n).

Back Office

2., Veränderungen für die Verwaltung +++ 3., Institutionelle Voraussetzungen

Barrierefreiheit

3., Technische Voraussetzungen

Beschaffung

2., Veränderungen für die Verwaltung +++ 5., E-Vergabe

Bürgermeister

3., Motivation

Bürgerschaftliches Engagement

4., Kommune im Wettbewerb

Datenschutz/Sicherheit

3., Technische Voraussetzungen

Datenstandard

3., Technische Voraussetzungen

Digitale Spaltung

2., Digitale Spaltung – Chancen und Risiken

E-Government, Definition

1., Zum Begriff E-Government

Elektronische Signatur

3., Technische Voraussetzungen

Erfolgsfaktoren

6., Einführung von E-Government

EU

3., Voraussetzungen (Vergleich mit anderen Ländern) +++ 1., Dimensionen

Front Office

2., Veränderungen für die Verwaltung +++ 3., Institutionelle Voraussetzungen

Gemeinderat

3., Gemeinderat und E-Government +++ 3., Gemeinderat als zentrales Gremium

3. Aktive Gestaltung von Veränderungen

Geoinformationssystem

1., Spannweite +++ 5., Geoinformationssystem

Gesetzliche Grundlagen

3., Institutionelle Voraussetzungen

Gewerbeflächenvermarktung

5., Regionale Wirtschaftsförderung

Handlungsempfehlungen

6., Einführung von E-Government

Integration (Phase)

1., Phasen von E-Government

Integration, horizontale

1., Dimensionen

Integration, vertikale

1., Dimensionen

Kfz-Zulassung

5., Kfz-Zulassung

Kosten

2., Kosten – Chancen und Risiken

Ländlicher Raum

5., Best Practice

Lebenslagenkonzept

2., Veränderungen für Bürger +++ 5., Best Practice

Medienbruchfreiheit

2. Veränderungen für die Wirtschaft

Meldregistrauskunft

2., Veränderungen für Unternehmen +++ 5., E-Melderegisterauskunft

One Stop Government

2., Veränderungen für Bürger +++ 3., Institutionelle Voraussetzungen

Partizipation

4., Kommune im Wettbewerb

Personalrat

3., Motivation

Public Private Partnership

2., Kosten – Chancen und Risiken

Regionale Wirtschaftsförderung

5., Regionale Wirtschaftsförderung

Standortsicherung

1., Notwendigkeit von E-Government

Transaktion

1., Phasen von E-Government

Transformation

1., Phasen von E-Government

Umzug

1., Was ist E-Government? +++ 1., Nutzen von E-Government

2., Veränderungen für Bürger

Vergabe

2., Veränderungen für die Wirtschaft +++ 2., Veränderungen für die Verwaltung

5., E-Vergabe

Virtuelles Bauamt

1., Spannweite +++ 1., Nutzen von E-Government

3. Glossar – Grundbegriffe E-Government

Back Office

Das Back Office (engl. back = hinten) steht für die diversen Fachabteilungen einer Behörde, die nicht im direkten Kontakt zu den Kunden, zu Bürgerinnen und Bürgern oder Unternehmen, stehen. Hier werden Aufgaben und Anfragen aus dem Front Office weiter bearbeitet.

Barrierefreiheit

Die Forderung eines barrierefreien Internets bzw. Internetzugangs bedeutet, dass allen Teilen der Bevölkerung, unabhängig von Bildung und finanziellen Ressourcen, von Benachteiligung oder Behinderung der Zugang zum Internet ermöglicht werden soll. Für die konkrete Gestaltung einer Internetseite bedeutet dies z.B. die Möglichkeit, die Schriftgröße individuell anzupassen oder die Website blindenlesegerätfähig zu machen.

Changemanagement

Der Begriff wird angewandt für den bewusst geplanten Umbau von Verwaltungen oder Unternehmen: Erfolgreiches Management und Begleiten von Veränderungsprozessen mithilfe der Schaffung spezifischer Strukturen, der Entwicklung einer umfassenden Strategie und der Einbindung aller Beteiligten.

Datenstandard

Gemeinsamer Standard bzw. einheitliches technisches Format, das die Weiterverwendung und -bearbeitung von Daten in verschiedenen Bereichen erlaubt. Ein zentraler Datenstandard im Bereich der Verwaltung ist OSCI.

Digitale Spaltung

Bezeichnet die Gefahr der Trennung der Gesellschaft aufgrund des unterschiedlichen Wissens in Bezug auf Umgang mit und Nutzung der Informations- und Kommunikationstechniken.

E-Business

Bezeichnet die elektronisch gestützte Abwicklung von Geschäftsprozessen zwischen und auch innerhalb von Unternehmen.

E-Democracy

Bezeichnet Internet gestützte Formen der Bürgerbeteiligung wie z.B. Online-Wahlen, Befragungen oder auch Foren zu politischen Themen.

Electronic Government

Electronic Government umfasst alle Aspekte des Regierens und Verwaltens (öffentliche Willensbildung, Entscheidungsfindung, Leistungserstellung und -erbringung, Partizipation), sofern sie durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützt und verbessert werden können.

(Quelle: Grabow in DfK II/2004, S. 6, angelehnt an Definition im Memorandum Electronic Government)

E-Procurement

Bezeichnet die elektronische Beschaffung (und auch Vergabe). Die Vorgänge werden online und über spezifische Programme oder Plattformen abgewickelt.

Front Office

Das Front Office (engl. front = vorn) innerhalb einer Behörde ist die zentrale Anlaufstelle und Ansprechpartner für alle Anliegen und Angelegenheiten, die seitens der Einwohner zu regeln sind. Bürgerbüros haben meist den Charakter eines solchen Front Office. Eine Reihe von Vorgängen werden hier bearbeitet, andere an die zuständigen Fachabteilungen im Back Office weiter geleitet.

Integration, horizontale

Bezeichnet die Reorganisation von Abläufen (Transformation) für eine enge Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen, Unternehmen etc. auf einer Ebene. In der Kommune ist damit die Verzahnung zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft gemeint.

Integration, vertikale

Bezeichnet die zunehmende Kooperation zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen, d.h. zwischen Kommune, Landkreis und Region, Land, Bund und EU.

Lebenslagenkonzept

Das Lebenslagenkonzept steht für eine spezifische Form des Dienstleistungsangebots seitens der Kommune. Vorgänge und Services werden gewissermaßen im Paket angeboten, passend zur jeweiligen Lebenslage wie etwa „junge Familie“ (rund um den Hausbau, Heirat, Familiengründung, Kindergarten etc.) und „Leben im Alter“ (Seniorenangebote, Essen auf Rädern, Betreuung, ärztliche Versorgung etc.) oder Lebenslage „Wirtschaft“.

Medienbruchfreiheit

Ein Vorgang ist medienbruchfrei zu nennen, wenn alle Phasen der Bearbeitung im digitalen Medium stattfinden, d.h. also ohne dass einmal eingegebene Daten für die Weiterbearbeitung ausgedruckt und an anderer Stelle erneut eingegeben werden.

Multikanalzugang

In Bezug auf die Verwaltung bedeutet dies, dass Bürgerinnen und Bürger über mehrere Möglichkeiten verfügen (müssen), um mit der Verwaltung Kontakt aufzunehmen: durch das Internet, per Telefon oder Brief sowie persönlich.

Online-Formular

Bezeichnet die elektronische Version eines Formulars, das dem Bürger von der Verwaltung zur Verfügung gestellt bzw. im Internet angeboten wird. Dieses kann auf verschiedene Weise ausgefüllt werden: im einen Fall wird es vom Benutzer ausgedruckt und dann per Post versandt. Im anderen Fall kann es direkt online ausgefüllt (interaktiv) und an den Adressaten geschickt werden, ggf. unter Verwendung der elektronischen Signatur.

Signatur, elektronische

Die qualifizierte elektronische Signatur ist ein Verschlüsselungsverfahren, das die eigenhändige, persönliche Unterschrift ersetzen kann und ist damit das Verfahren, das rechtsverbindliche Transaktionen erlaubt und zugleich die größte Sicherheit im elektronischen Verkehr ermöglicht. Die elektronische Signatur ist aber keine Unterschrift.

Transaktion

Fortgeschrittene Stufe von E-Government, in der nicht mehr allein Information und Kommunikation mit der Verwaltung durch das Internet ermöglicht werden, sondern die rechtsverbindliche Abwicklung kompletter Vorgänge über das Netz.

Transformation

Als vierte Stufe von E-Government (nach Information, Kommunikation und Transaktion) steht die Transformation für die Veränderung und Reorganisation der Vorgänge und Arbeitsprozesse innerhalb der Verwaltung. Zuweilen wird an dieser Stelle auch von „Integration“ gesprochen.

4. Weiterführende Hinweise – Links und Literatur

Links

(Bitte jeweils <http://> vor die Eingabe der Adresse setzen.)

Die hier kurz vorgestellten Links zu aktuellen Berichten zu E-Government, Initiativen und Einrichtungen sind nur eine Auswahl, eine Reihe weiterer finden Sie in den Online-Lernmodulen.

E-Government: Aktuelle Berichte

www.kommune21.de

Die Zeitschrift Kommune 21 berichtet über aktuelle Entwicklungen im Bereich E-Government: Anwendungen, Best Practices, aktuelle Debatten. Auch diverse Anbieter stellen sich hier vor.

www.politik-digital.de

Die von einem Verein betriebene Plattform zu politischen Themen veröffentlicht Artikel, die sich insbesondere mit E-Government und der Veränderung von Politik und Gesellschaft durch die Informations- und Kommunikationsmedien beschäftigen. Sie können auch selbst mitdiskutieren.

Initiativen: die wichtigen Einrichtungen und Programme

www.initiatived21.de

Der Initiative d 21 gehören hochrangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft an. Ziel ist es, Bildung und Wissen zu stärken und den Weg in die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts so erfolgreich wie möglich zu gestalten.

www.difu.de

Das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin beschäftigt sich mit den vielfältigen Aspekten der Stadtentwicklung und kommunalen Planung – so auch mit E-Government – und bietet eine Vielzahl von Veröffentlichungen.

www.dhv-speyer.de

Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaft beschäftigt sich bereits seit Jahren mit E-Government und seinen Potenzialen für die Modernisierung und Umgestaltung der Verwaltung. Eine Reihe von Publikationen kann kostenlos heruntergeladen werden.

www.kgst.de

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement widmet sich diversen Themen rund um die Verwaltung.

www.service-bw.de

Das Verwaltungsportal des Landes Baden-Württemberg ist ein Behördenwegweiser, der auch sämtliche verfügbaren Online-Dienste ausweist. Kommunen können die Inhalte des Portals in ihr eigenes Internet-Angebot integrieren.

www.verwaltungsreform-bw.de

Die Stabsstelle für Verwaltungsreform ist u.a. für die E-Government-Strategie des Landes zuständig.

www.staedtetag-bw.de

www.gemeindetag-bw.de

www.landkreistag-bw.de

Auf den Seiten der kommunalen Spitzenverbände finden Sie Informationen über aktuelle Entwicklungen und Diskussionen.

www.mediakomm-transfer.de

Programm des Bundesministeriums für Wirtschaft, in dessen Rahmen in Pilotprojekten eine Reihe von E-Government-Anwendungen ausgearbeitet und umgesetzt werden. In Baden-Württemberg gehören u.a. Ulm/Neu-Ulm zu den Transfer-Kommunen.

www.staat-modern.de

Die Seite der Bundesregierung zu den Themen modernes Verwaltungsmanagement, Bürokratieabbau und E-Government.

www.internetdorf.de

Der Wettbewerb, der vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg initiiert wurde, vergibt jährlich besondere Auszeichnungen für Internetangebote von Gemeinden mit weniger als 15.000 Einwohnern.

www.doit-online.de

Das Programm doIT-regional, das vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg gefördert und von der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg

betreut wird, hat sich zum Ziel gesetzt, die Chancen, die dem ländlichen Raum durch die Informations- und Kommunikationsmedien erwachsen, zu unterstützen, insbesondere in Form von Weiterbildungsangeboten und verbesserten Zugangsmöglichkeiten zum Internet. Zu den hier geförderten Projekten gehört auch „Gemeinderat auf Draht“.

www.datenschutz.de

Das Virtuelle Datenschutzbüro ist ein gemeinsamer Service der Datenschutzeinrichtungen. Links auch zu den Datenschutzbeauftragten der Bundesländer.

www.bsi.de

Beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik erfahren Sie wichtige Grundlagen zum Thema Datensicherheit und wie Sie Ihre Daten schützen können. Zudem stellt das BSI auch sein E-Government-Handbuch online zur Verfügung.

www.kbst.bunde.de

Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung; Ansprechpartner für sämtliche Bundesbehörden und eine Reihe von Informationen zu E-Government.

www.gesetze-im-internet.de

Auf der Seite des Bundesministeriums für Justiz können nahezu sämtliche Gesetze und Rechtsverordnungen des Bundesrechts in ihrer aktuell geltenden Fassung kostenlos abgerufen werden.

www.digitale-chancen.de

Die Stiftung Digitale Chancen hat sich zum Ziel gesetzt, auf die Gefahren der digitalen Spaltung aufmerksam zu machen und diese durch spezielle Angebote wie z.B. Internetcafés zu verhindern.

Zum Nachschlagen: Glossar zu E-Government und dazugehörigen Themen

www.bsi.de/fachthem/egov/6.htm

Glossar im E-Government-Handbuch des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik.

Literatur

Bei den oben genannten Einrichtungen und Projekten gibt es meist Publikationen, die kostenlos aus dem Internet heruntergeladen oder bestellt werden können.

Weitere Literatur (Buchhandel):

Baacke, Eugen/Schröter, Welf (Hrsg.): Umbau zur Dienstleistungskommune. Changemanagement für Electronic Government, Talheimer Verlag, 2004

Baacke, Eugen/Schröter, Welf (Hrsg.): Lernwege zum Electronic Government. Online Arbeiten – Online Lernen, Talheimer Verlag 2003.

Friedrichs, Stefan u.a.: E-Government. Effizient verwalten – demokratisch regieren, Bertelsmann-Stiftung 2002.

Kröger, Detlef/Hoffmann, Dirk: Rechts-Handbuch zum E-Government, Schmidt 2005.

Landsberg, Willy u.a. (Hrsg.): E-Government in Kommunen. Grundlagen und Orientierungshilfen, Jehle Rehm 2004.

5. Ausgewählte Dokumente

Media@komm-Erfolgsfaktoren und ihre Aspekte

Diese Erfolgsfaktoren für E-Government wurden von der Begleitforschung zu den Media@komm-Projekten erarbeitet und gelten mittlerweile generell als Voraussetzungen für erfolgreiches E-Government.

Digitale Chancen für den ländlichen Raum

Rede von Minister Peter Hauk vom November 2005 zu den Chancen, die die Informations- und Kommunikationsmedien gerade für den ländlichen Raum bieten.

E-Government 2.0 Das Programm des Bundes

Programm der Bundesregierung für E-Government in Deutschland bis 2010, beschlossen im September 2006.

Erfolgsfaktoren und die damit zusammenhängenden Aspekte

(nach Grabow/Drüke/Siegfried, Erfolgsfaktoren des Kommunalen E-Government, Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften II/2004, S. 68-69)

1. Leitbild und Strategie

- Leitbild zum Kommunalen E-Government
- Gesamtstrategie „Virtuelles Rathaus“
- Einbindung von Leitbild und Strategie zum E-Government in übergreifende/weitere Leitbilder und Strategien der Stadt
- „Chefsache“: Vorantreiben von E-Government durch Verwaltungsspitze
- Politische Unterstützung durch Gemeinderat
- Prioritätensetzung und Langfristplanung

2. Organisation, Projekt- und Changemanagement

- Projektorganisation
- Verknüpfung mit Verwaltungsreform
- Überprüfung und Neustrukturierung der Ablauforganisation
- Überprüfung und Neustrukturierung der Aufbauorganisation
- Organisation der Zusammenarbeit
- Evaluierung und Erfolgskontrolle

3. Anwendungen

- Generell: Übersichtlichkeit, Orientierung an Zielgruppen

Unterschiedliche Funktionsbereiche der Anwendungen:

- Information
- Kommunikation
- Transaktion
- Integration
- Partizipation

4. Nutzen und Kosten

- Bürgerinnen und Bürger
- Unternehmen
- Gäste
- Verwaltung
- Politik

5. Angepasste Technologien und Organisation des Technikeinsatzes

- Arbeitsplatzausstattung
- IT-Vernetzung – Hardware
- Netzbasierte Softwarelösungen
- Basisdienste und Infrastruktur
- Elektronische Signaturen
- Technische Plattform
- Zugang
- Standards
- Sicherheit

6. Kompetenzen, Motivation und Qualifizierung

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Mitarbeitervertretung
- Management

- Rat/Verwaltungsspitze
- Nutzerinnen und Nutzer

7. Schaffung von Akzeptanz, Marketing

- Kommunikation nach innen
- Kommunikation nach außen

8. Kooperation und Partnerschaften

- Zusammenarbeit mit anderen Behörden
- Partnerschaft mit Unternehmen
- Kooperation mit Verbänden und Initiativen
- Austausch mit Wissenschaft und Forschung

9. Nachhaltige Sicherung der Ressourcen

- Finanzierung
- Personal
- Wissen

10. Rechtmäßigkeit

- Juristische Kompetenzen
- Zulässigkeit von Portalangeboten
- Betreiberstruktur des Portals
- Einbindung von privatem Know-How
- Beachtung allgemeiner Anbieterpflichten für Portalbetrieb
- Rechtmäßiges Angebot von Informations-, Kommunikations- und Transaktionsdienstleistungen
- Rechtsanpassung

‘Die Chancen des Ländlichen Raums durch die neuen Medien’

von Minister Peter Hauk MdL, Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg

Rede des baden-württembergischen Ministers für Ernährung und Ländlichen Raum, Peter Hauk MdL, vom 14. November 2005 anlässlich der Fachtagung „Datenautobahn auf dem Land - Die Versorgung des Ländlichen Raumes mit neuen Medien“.

Die von der Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg (ALR) in Tuttlingen veranstaltete Tagung war die Vierte ihrer Art. Die Veranstaltungsreihe startete 2003 im Main-Tauber-Kreis gefolgt von Leutkirch im Allgäu im Jahr 2004 und Schliengen im März 2005.



Es gilt das gesprochene Wort.

Die Chancen des Ländlichen Raums durch die neuen Medien

Bedeutung der neuen Medien allgemein

Zu der die Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit einer Region mitbestimmenden Infrastruktur gehört neben dem Straßen- und Schienennetz auch die Datenautobahn. Sie spielt eine wichtige Rolle für den Informationsaustausch zwischen Unternehmen und Kunden sowie zwischen Verwaltung und Bürgern.

Wirtschaft und Verwaltung benötigen schnelle und kostengünstige Informationstechniken. Dies können sowohl leitungsgebundene als auch nicht leitungsgebundene Übertragungswege sein. Das im Grundgesetz verankerte Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land erfordert, nicht nur die Ballungsräume, sondern auch den Ländlichen Raum mit einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur zu versorgen.

Der Ländliche Raum Baden-Württembergs und die neuen Medien

Richtungsweisend für Baden-Württemberg war in dieser Frage der I. Internationale Kongress „Das Neue Dorf“ im Jahre 2000 in Konstanz. Experten aus ganz Europa entwickelten zukunftsfähige Dorfprofile. Eines dieser Profile war das Mediendorf.

Die Vorteile eines Mediendorfes liegen auf der Hand. All das, was im Ländlichen Raum aufgrund der dispersen Siedlungsstruktur und der relativ geringen Bevölkerungsdichte bisher schlecht erreichbar war, kann sich neu strukturieren: Arbeit, Einkauf, Lernen und Pflege sozialer Kontakte. Hier haben Kommunen eine Vorbildfunktion und dienen als Multiplikatoren.

Kommunale Websites sind neben ihrer Vorbildfunktion aber auch von Bedeutung, wenn es darum geht, die Bürgerbeteiligung zu erhöhen. Bürgerservice ist im Internet die Herausforderung für die Kommunen, um ihre eigene Arbeit effizienter zu gestalten und gleichzeitig ihren Bürgern mehr Dienste anzubieten. An dieser Stelle möchte ich nicht verhehlen, dass wir mit großer Sorge die immer noch fehlende bundesweit breite Verbreitung der qualifizierten, digitalen Signatur betrachten. Dies erweist sich immer mehr als das Hemmnis. Wir brauchen

dafür die „Leuchtturmanwendung“, die nach meinem Verständnis nur der Bund installieren kann.

Und da wir schon bei technischen Fragen sind, lassen Sie mich einige Anmerkungen zur Technik- und Kostenfrage machen. Technisch gesehen, ist die Versorgung des Ländlichen Raums mit den Dienstleistungen der neuen Medien kein Problem mehr. Denn sowohl die Versorgung über Kupfer-, Strom- oder Glasfaserkabel, über Funk oder über Satellit ist heute möglich. Was uns aber Kopfschmerzen bereitet, ist die Kostenfrage. Kehrseite der Medaille der Privatisierung des Post- und Fernmeldemarktes stellt die Tatsache dar, dass die am Markt agierenden Unternehmen, Investitionen oftmals allein und ausschließlich unter dem Kriterium der Rendite sehen. Das bedeutet, dass insbesondere im Ländlichen Raum dringend notwendige Investitionen zur adäquaten Versorgung gerade kleiner und mittlerer Unternehmen unterbleiben. Dies sehen wir mit großer Sorge, denn dies birgt nicht von der technischen Seite, sondern von der ökonomischen Seite die Gefahr der digitalen Spaltung in sich. Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Aussagen machen, wie wohl die Zukunft der Dörfer bei entsprechender Nutzung der neuen Medien aussieht.

Ich kann mir gut vorstellen, dass - auch angesichts der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten - der Einkauf von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs über das Internet auch dann noch eine Versorgung der Menschen sicherstellen kann, wenn auch der nächste Supermarkt fünfzig Kilometer entfernt ist und vor Ort bei älteren Menschen kein Auto mehr zur Verfügung steht.

Des Weiteren kann ich mir vorstellen, dass beispielsweise die Konsultation eines Arztes bei kleineren Krankheiten oder die Ausstellung eines Rezepts bei Dauermedikation über das Internet läuft, was analog für viele freie Berufe wie Rechtsanwälte oder Steuerberater gilt.

Warum nutzen wir nicht noch stärker als bisher die Möglichkeit der Telearbeit im Ländlichen Raum? Warum soll es nicht möglich sein, dass sich zum Beispiel Handwerker an verschiedenen Orten virtuell daran machen, ein Projekt dezentral vorzubereiten und nur die absolut notwendigen Arbeiten vor Ort zu erledigen?

Maßnahmen des Landes für die neuen Medien im Ländlichen Raum

Die baden-württembergische Landesregierung bemüht sich mit großen Anstrengungen, den Medienstandort weiter voranzubringen. Gerade in den ländlichen Räumen wurden und werden Projekte gefördert, um die Medienkompetenz und -akzeptanz zu verbessern.

Ich nenne beispielhaft nur vier Punkte:

- Baden-Württemberg fördert die Einrichtung regionaler Kompetenzzentren für neue Medien und neue Arbeitsformen wie Telearbeit im Ländlichen Raum.
- Im September 2004 richtete das Ministerium eine Clearingstelle „Neue Medien im Ländlichen Raum“ ein. Ich werde hierauf im weiteren Verlauf meiner Ansprache noch ausführlich eingehen.
- Mitte November 2004 hat mein Vorgänger für die zweite Tranche des Impulsprogramms doIT-regional die Zuwendungsbescheide an 18 Projektträger übergeben. Ziel ist es, kreative und gemeinnützige Projekte zu fördern, welche die Medienkompe-

tenz erhöhen und den Einsatz von Informationstechnologien steigern. Für die zweite Tranche standen insgesamt 1,7 Millionen Euro zur Verfügung.

- Mit Unterstützung des Ministeriums wurde 2001 das Modellprojekt Arbeitskreis „Mediendörfer“ ins Leben gerufen. Ziel des Arbeitskreises ist es, die Entwicklungschancen des Ländlichen Raumes nachhaltig zu erhöhen. Die führenden Mediendörfer (Mönchweiler, Sternenfels, Wannweil, Wurmberg und Straubenhardt) bauen untereinander ein Netzwerk auf, das die Umsetzung von Konzepten beschleunigt, Ressourcen effektiver verwendet und als Ideenpool dient.

Im Arbeitskreis stehen drei Themen ganz oben:

1. Modellprojekt „Flächendeckende Versorgung mit den Dienstleistungen der neuen Medien“
In den Mediendörfern soll erprobt werden, wie angesichts der ökonomischen Zwänge eine flächendeckende, adäquate Versorgung sichergestellt werden kann. Zum einen geht es darum, die Zuhilfenahme des Stromkabels und zum anderen darum, die Aufrüstung per Kabel zu erproben.
2. Modellprojekt „Gewerbepool“
Beim Gewerbepool in Mönchweiler handelt es sich um eine virtuelle Plattform, die es dem örtlichen Gewerbe ermöglicht, enger und dadurch kostensparender zusammenzuarbeiten.
3. Modellprojekt „Virtueller Dorfladen“
Die Gemeinde Wannweil ermöglicht es ihren Bürgern, Waren in einem virtuellen Dorfladen einzukaufen. Das Projekt findet vor dem Hintergrund statt, dass es in Wannweil keinen sogenannten Vollsortimenter mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs mehr gibt. Zwar sind noch fast alle Waren im Ort erhältlich, aber in verschiedenen Geschäften. Sie werden in 13 Online-Shops, also in einem virtuellen Marktplatz, zusammengeführt.

Clearingstelle „Neue Medien im Ländlichen Raum“

Nicht zuletzt durch das Engagement der Akademie Ländlicher Raum und des Ministeriums zusammen mit dem Gemeindetag erkennen immer mehr Kommunen im Ländlichen Raum, dass insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen eine optimale Versorgung mit den Dienstleistungen der neuen Medien notwendig ist. Ein schneller und kostengünstiger Zugang zum Internet gehört inzwischen zu den wirtschaftlichen Überlebensfragen der Unternehmen und ihrer für den Ländlichen Raum besonders wichtigen Arbeitsplätze.

Dabei entdecken viele Kommunen, dass sie nicht über die ausreichenden, notwendigen Informationen zur Beurteilung ihrer Situation in Sachen neue Medien verfügen oder ihre örtliche Versorgung mit diesen Dienstleistungen nicht hinreichend ist.

Nachdem der liberalisierte Telekommunikationsmarkt sich unübersichtlich gestaltet, benötigen sie entsprechende Hinweise, in welche Richtung eine auf ihre Situation zugeschnittene Lösung gehen könnte, um dann mit entsprechenden Anbietern zu verhandeln. Die Kompetenz der Landesanstalt für Kommunikation spielt dabei eine äußerst wichtige Rolle.

An diesem Punkt will die Clearingstelle „Neue Medien im Ländlichen Raum“ eine erste Orientierung bieten. Sie besteht in Form einer Arbeitsgruppe, der folgende Einrichtungen angehören:

- Akademie Ländlicher Raum,
- Arbeitskreis Mediendörfer,
- Gemeindetag Baden-Württemberg,
- Landesanstalt für Kommunikation und
- Ministerium Ländlicher Raum.

Vorsitzender der Clearingstelle ist Bürgermeister Friedrich Scheerer, Mönchweiler.

Aktionsgemeinschaft Breitband im Ländlichen Raum

Im August habe ich die Gründung einer Aktionsgemeinschaft Breitband im Ländlichen Raum angekündigt. Ich möchte alle für den Ländlichen Raum wichtigen Unternehmen an einen Tisch holen und mit ihnen darüber reden, wie wir den breitbandigen Ausbau im Ländlichen Raum bewerkstelligen können. Dahinter steht meine feste Überzeugung, dass wir insbesondere im wirtschaftlichen Bereich des Ländlichen Raums in Bälde nicht mehr von einer Datenübertragung von 10 oder 20 Megabit reden werden, sondern über 1 Gigabit. Diese Form der Datenübertragung wird es erzwingen, dass wir in jeder Gemeinde auch des Ländlichen Raums einen Glasfaseranschluss benötigen. Dass dies aus Kostengründen nicht durch einen gänzlichen Neubau von Glasfaserstrecken gehen wird, liegt auf der Hand. Es wird daher darauf ankommen, im Ländlichen Raum schon bestehende Glasfasernetze zu öffnen. Erst dann stellt sich die Frage - wenn überhaupt - nach einem Neubau.

Ich habe in den letzten Wochen mit verschiedenen Anbietern der Dienstleistungen der neuen Medien gesprochen. In der soeben skizzierten Einschätzung waren wir uns einig. Zusätzlich führte ich mit entsprechenden Eigentümern von Glasfasernetzen im Ländlichen Raum Gespräche, ob eine Öffnung ihrer Netze nicht möglich ist. Es war ein besonders ermutigendes Zeichen, dass die Deutsche Bahn AG als erstes Unternehmen dem zugestimmt hat.

Schluss

Mit wenigen, beispielhaften Aussagen versuchte ich, Ihnen zu verdeutlichen, welchen hohen Stellenwert das Thema Ländlicher Raum und neue Medien für die Zukunft des Landes und des Ländlichen Raums hat. Die neuen Medien können, wenn wir sie bewusst und zielstrebig nutzen, dem Ländlichen Raum neue Zukunftsperspektiven eröffnen. Denn sie helfen mit, das Stadt-Land-Gefälle abzubauen oder zumindest abzumildern. Ich bin festen Überzeugung, dass dies mit Hilfe der neuen Medien gelingen wird.

(Rede zur leichteren Lesbarkeit um Anreden gekürzt. Quelle: Stiftung Digitale Chancen)

6. Über das Projekt – Ansprechpartner

„Gemeinderat auf Draht. Electronic Government für kommunalpolitisch Aktive – Veränderungskompetenz für Gemeinderäte“ ist ein Projekt der Stadt Mössingen.

Das Weiterbildungsangebot wird im Rahmen des Programms doIT-regional vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum mit Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg gefördert.

Unterstützt wird das Projekt von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Referat Modernisierung in Staat und Wirtschaft, der Frauen Computer Schule Reutlingen Tübingen, dem Talheimer Verlag Medienberatung und Consulting GmbH in Zusammenarbeit mit dem Forum Soziale Technikgestaltung sowie Dr. Andrea Fausel – Lektorat und Konzeption.

Ansprechpartner:

Dr. Andrea Fausel – AndreaFausel@t-online.de

Jakobstr. 13

73240 Wendlingen

Telefon 07024-805811

Welf Schröter – schroeter@talheimer.de

Rietsweg 2

72116 Mössingen-Talheim

Telefon 07473-22750

Fax 07473-24166